

Stellungnahme der Freien-Wähler zum Kreis-Haushalt 2016

**Sehr geehrter Herr Landrat,
Meine Damen und Herren des Kreistags, liebe Gäste,**

Die an mich meistgestellte Frage im abgelaufenen Jahr war nach meinem Befinden im Ruhestand. Was soll man auch sonst kommunizieren wenn der Gegenüber von den Detailinformationen der Kommunalpolitik ausgeschlossen und mit den aktuellen Problemen nicht mehr „auf dem Laufenden“ ist.

Wenn ich meine Situation dann als „entspannt“ beschreibe, dann hat das durchaus einen realen Hintergrund. Denn nach der 24. Jahres-Haupt-Versammlung der Freiwilligen Feuerwehr oder nach der 24. Blut-Spender-Ehrung fällt es einem wirklich schwer noch etwas Neues „auf den Tisch zu bringen“ ohne in Wiederholungen zu verfallen.

Wobei auch das kein Problem wäre, denn wer hat noch die Rede von vor fünf Jahren im Kopf – man könnte es sich also relativ einfach machen – es merkt sowieso Keiner. Beispiele dafür gibt es ja auch in der großen Politik, als die Neujahrsansprache 1985 von Helmut Kohl im darauffolgenden Jahr wiederholt wurde oder der gleiche Fehler dem SWR-Radio mit der Neujahrsansprache von Kurt Beck im Jahr 2009/2010 unterlief.

Zu der Rede von Helmut Kohl bemerkte der „Spiegel-online“ damals:

„ die Reden von 1985 und 1986 waren bis auf wenige Sätze austauschbar. Manche Zuschauer bemerkten den Fehler deshalb noch nicht einmal“.

Da fragt man sich schon, warum man in einer Rede „in die Tiefe geht“, analysiert, vergleicht und Ergebnisse aufzeigt die dann von dem angesprochenen Kreis ignoriert werden.

Mit dem „angesprochenen Kreis“ meine ich nicht den Kreistag – darauf komme ich später – sondern vor allem unsere Vertreter bei Land und Bund, die ich bereits im letzten Jahr kritisiert habe und die nach wie vor nichts tun um die schwierige Situation der Kommunen zu verbessern.

Einmal mehr wird wieder die „Konnexität“ eingefordert. Darüber habe ich bereits in meiner Haushaltsrede 2010 philosophiert. Die Forderung: „wer bestellt bezahlt“ gilt vor allem für die sozialen Aufwendungen, die im nächsten Jahr mit großer Wahrscheinlichkeit den Landkreis mit über 200 Millionen Euro belasten werden. Für die Hilfeempfänger ist das sicher „keine Mark zu viel“ – wenn sich der Bund allerdings in dieser Freizügigkeit sonnt, dann soll er aber auch die Aufwendungen vollständig ausgleichen. Bei der „Eingliederungshilfe“ hat der Bund mit einer Milliarde und der Aufstockung auf 5 Milliarden Euro ab 2018 einen Anfang gemacht – nur bislang im Kreis an den falschen Empfänger. Wobei ich bereits vor 6 Jahren darauf aufmerksam gemacht habe, dass man überwiegend dazu übergeht den Begriff „Teilkonnexität“ anzuwenden. Also einen Grundstandard vorzuschreiben den die Kommunen – weil in der Praxis unzureichend – auf eigene Rechnung verbessern können.

Der Betreuungsschlüssel für Asylbewerber wird wohl genau in dieses Schema passen. Im Gegensatz zu anderen Landkreisen haben wir mit den von uns allen bestätigten 3,5 Mitarbeitern pro 100 Flüchtlinge die besten Erfahrungen gemacht und größere Spannungen aus den GU`s mit der

Bevölkerung verhindern können. Das wird sich aber in der sogenannten „Spitzabrechnung“ des Landes wohl nicht niederschlagen. Nach dem „Flüchtlingsgipfel“ zwischen Land und Gemeindetag sollte nach dem Willen des MP „bis Weihnachten (wohlgemerkt 2014)“ die Lastenverteilung geregelt sein. Ganz offensichtlich wird der Begriff „Spitzabrechnung“ von den Beteiligten immer noch unterschiedlich interpretiert. Und zwischenzeitlich finanzieren wir Beträge in zweistelliger Millionenhöhe vor.

Auch hier scheint mir der Ruf nach unseren Abgeordneten angebracht. Aber die eigene „schwarze Null“ ist wohl wichtiger als die Kommunalfinanzen, auf die mit der Anschluss-Unterbringung ein „dickes Brett“ zukommt. Kein Gemeinde-Haushalt der für das neue Jahr nicht Investitionen in den Wohnungsbau eingestellt hätte. Wohlgemerkt in den sozialen Wohnungsbau, um nicht den Eindruck zu erwecken nur für die Flüchtlinge zu investieren.

Dazu meine Forderung bereits in der Rede zu 2013: „...zwischenzeitlich trifft uns die Unterbringungsverpflichtung vor einem fast leergefegten Immobilienmarkt ... zu einem Zeitpunkt wo überall bezahlbare Wohnungen nachgefragt werden ...“.

Auszug 2014: „... was wir brauchen ist Wohnraum, nicht zuletzt bezahlbaren Wohnraum. Da hilft auch keine Mietpreisbremse sondern nur mehr Angebote am Wohnungsmarkt ...“.

Und in der Rede vom letzten Jahr: „... dabei fehlt uns, zumindest im Städteinzugsgebiet, Wohnraum an allen Ecken und Enden ...“

Im Hinblick auf die angekündigten Zahlen für die Anschluss-Unterbringung kommt jetzt Bewegung in den Wohnungsbau. Wobei auch hier die Forderung nach einer angemessenen Unterstützung durch Bund und Land ausgesprochen ist. Unter „... Wir schaffen das ...“ –verstehe ich nicht allein die kommunale Seite – sondern in finanzieller Verantwortung von Bund und Land. Wenn man schon auf der Seite des Bundes nicht in der Lage ist die Asylanträge zeitlich angemessen aufzunehmen und zu entscheiden, wenn man nicht in der Lage ist die Zuwanderung merklich einzubremsen, dann wäre es zumindest angebracht die finanzielle Seite abzudecken.

Stattdessen sinniert der Bundesfinanzminister mit einem Rekordüberschuss im Rücken über eine zusätzliche Benzinsteuern und die Delegierten einer großen Volkspartei melden sich 3 Wochen nach einem EierkuchenParteitag mit berechtigten, aber völlig konträren Forderungen. Die hätte man in Karlsruhe sinnvoller angebracht – anstatt „die Klappe zu halten“.

Andererseits muss man sich wundern welche unüberlegten Forderungen von den Parteien in die Medien gebracht werden. In einem Rechtsstaat, den wir immer hervorheben, sollte man auch Gesetze beachten und wenn Europäische Solidarität eingefordert wird auch selber praktizieren.

So erweist sich das „Schengen-Abkommen“ mit der einseitigen Belastung der Grenzländer Italien und Griechenland aufgrund der dramatischen Flüchtlingszahlen nicht mehr als einhaltbar.

Die Genfer Konvention und unser, im Grundgesetz verankertes, Asylgesetz verpflichten uns zu der Aufnahme der Hilfesuchenden. Da helfen keine Grenzkontrollen oder Zäune – es sei denn man ignoriert diese Gesetze – wie zwischenzeitlich ein Großteil unsere europäischen Partnerländer – gegen unsere eigenen Vorgaben.

Unser Hauptproblem liegt unbestritten in der Bearbeitung der Verfahren durch die Bundesanstalt für Migration und Flüchtlinge. Von den politisch Verantwortlichen wurde viel zu spät erkannt dass die Zahl der „Entscheider“ in keinem Verhältnis zu der Zahl der Asylsuchenden steht.

Aber selbst wenn eine Ablehnung erfolgt ist bietet unser Rechtsstaat ja auch die Möglichkeit der Berufung, auf die eine stattliche Anzahl von Anwälten sich zwischenzeitlich spezialisiert haben und wieder einer zu geringen Zahl von Richtern gegenüberstehen, was zwangsläufig die Dauer des Verfahrens verlängert.

Und dass es bei den Asylsuchenden auch Personen mit wenig Integrationswillen gibt, zeigen uns die überall entstehenden Parallelgesellschaften mit Konfliktpotential wie es sich in der Silvesternacht gezeigt hat. Und plötzlich wird offenkundig, dass man wohl auch bei unserer Polizei den Sparstrumpf überzogen hat und die innere Sicherheit gefährdet erscheint.

Wenn man dann aber Neueinstellungen plant, die im Übrigen erst nach der Ausbildung 2019 zur Verfügung stehen, sollte man auch berücksichtigen wie viele Einsatzkräfte in dieser Zeit in den Ruhestand gehen.

Vorbeugender Brandschutz wird wohl nur im Bauwesen betrieben. Im politischen Alltag muss es erst brennen bis etwas passiert. Ich befürchte, dass auch bei der Flüchtlingsaufnahme das Ende der Fahnenstange noch nicht erreicht ist. Ich bin mir sicher, dass durch die zu erwartenden Ergebnisse der bevorstehenden Landtagswahlen doch noch ein Ruck durch die Parteien gehen wird.

Wobei verrückterweise der zu erwartende Rechtsdrall die eine oder andere Opposition sogar begünstigen könnte.

Zurück zum Kreishaushalt, der alleine für den Asylbereich ein Volumen von rund 100 Mio. Euro aufweist. Darin enthalten die erwarteten Einnahmen aus der Spitzabrechnung für die Jahre 2013-2015 in Höhe von knapp 18 Millionen und weiteren gut 20 Millionen für das Jahr 2016 mit denen wir im besten Fall frühestens 2017 rechnen können. Also runde 38 Millionen Euro die der Landkreis überwiegend mit Kassenkrediten vorfinanzieren muss, bis das Land seiner Verpflichtung zur Erstattung nachkommt.

Nicht nur, dass wir mit der Organisation dieser Mammutaufgabe die Kreisverwaltung und die Kommunen an die Leistungsfähigkeit treiben, wir müssen auch noch die Finanzmittel dazu vorstrecken. Für den Haushalt 2016 zunächst einmal ohne Auswirkungen. Da wir aber wissen, dass für das Jahr 2013 die Forderungen nicht ausgeglichen werden, stehen für das kommende Jahr schon einmal 2 Millionen als Abschreibungen fest. Und wenn wir für die Folgejahre nur mit 80% unserer Aufwendungen bedient werden, fehlen uns weitere 7 Millionen, die letztlich über die Kreisumlage finanziert werden müssen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle den Dank der Fraktion an die Landkreisverwaltung aussprechen. Ich glaube es gibt kein Amt im Haus, das nicht in das Flüchtlingsthema eingebunden ist. Stellvertretend an den ELB, Herrn Bühler und den Kreiskämmerer. Wie ich aus Kollegenkreisen entnehmen werden Sie Herr Watteroth von einigen Bürgermeistern beneidet. So oft wie Sie war keiner mit Pressefotos vertreten.

Daneben sollten wir aber die eigentlichen Aufgaben des Kreises nicht aus den Augen verlieren und wenn der Kreiskämmerer im Mittelpunkt steht, dann hat er ja auch die Glasfaservernetzung der Kommunen über das sogenannte „Backbone“ auf den Weg gebracht. Ein Thema, das in vielen Haushaltsreden in den Kommunen als wichtiger Bestandteil der Grundversorgung angesprochen wurde und dem erhebliche Aufwendungen für die Gemeinden selber ins Haus stehen.

Dass dabei in einem ersten Überblick über die Kosten auch die FTTC Version mit einem Anschluss an den Verteiler ins Auge gefasst wird, dürfte bei einer Leistung von bis zu 50 Mb nur für die Kommunen in Frage kommen die noch keine Breitbandversorgung durch Kabel-BW oder die Telekom auf der Gemarkung haben. Wenn die Investition Zukunft haben soll, dann muss die Glasfaser ins Haus – auch wenn dies mit Aufwendungen – teilweise in zweistelliger Millionenhöhe verbunden ist.

Und nicht zuletzt haben Sie, Herr Landrat, zusammen mit dem Kämmerer die Kostenexplosion des ÖPNV komprimiert. Wenngleich der Sprung auf ein zwischenzeitliches Defizit von rund 24 Millionen Euro eine Verdreifachung der Kosten seit 2010 beinhaltet. Dass die Abrechnungen der zurückliegenden Jahre in Höhe von rund 8 Mio.€ aus der Kreiskasse beglichen wurde haben die Kommunen schweigend, aber hoffentlich dankbar registriert.

Trotz allem gehen die Kosten des ÖPNV weiter nach oben. Sowohl der Haltestellen-Umbau zur Barrierefreiheit, als auch die Investition in neue Stadtbahnwagen wird sich in den nächsten Jahren im Defizit niederschlagen. Die derzeit prognostizierten Kosten von 30 Mio. für Landkreis und die Kommunen im Jahr 2020 werden sicher nicht unterschritten.

Auch hierzu ein kurzer Rückblick auf meine letztjährige Rede:

„ ... die Frage ob man sich die angebotene Qualität, auch im Fahrplan, noch leisten kann wird sich für jede einzelne Gemeinde über kurz oder lang stellen ... „. Und die ersten Anzeichen habe ich bereits vernommen.

Vielleicht noch eine kleine Anmerkung zum Hebesatz. Zu Beginn der Aufteilung der ÖPNV-Kosten gingen wir davon aus, dass sich Landkreis und Kommunen die Aufwendungen teilen. 4 Millionen DM über einen Punkt Kreisumlage und 4 Millionen als Direktbeteiligung der Gemeinden. Zwischenzeitlich sind wir mit rund 12 Millionen € bei knapp 2,5 Punkten Kreisumlage – ohne dass dies bisher Berücksichtigung gefunden hätte.

Vergleichbar dazu die Entwicklung bei unseren Krankenhäusern. Dieser Kreistag hat in der Vergangenheit Millionen in die Sanierung von Bruchsal investiert und mit ähnlich hohen Aufwendungen einem Neubau in Bretten zugestimmt. Der Kollege Roth wird dazu in einem gesonderten TOP Stellung nehmen. Aber auch dort haben sich die jährlichen Aufwendungen mit nunmehr rund 6 Mio.€ deutlich nach oben entwickelt. Dass wir nun in einem ausgegliederten Bereich für Kredite verantwortlich sind, macht die Situation für den Landkreis nicht besser. Und die Auswirkungen der nächsten Krankenhausreform werden wir zu spüren bekommen. Eine Aussage, die ich sicher im nächsten Jahr in Erinnerung rufen kann.

Parallel dazu wurden auch in unsere Schulen investiert. Nach Bruchsal ist jetzt die Neukonzeption von Ettlingen in unserem Fokus, wenn auch für das laufende Jahr noch nicht relevant, sind die ersten Millionen für die Folgejahre fest in der Planung. Dass die zur Verfügung stehenden Finanzmittel nicht ausreichen um auch die vorgesehenen Sanierungen von etwas über 2 Millionen € in Bretten zu realisieren findet unser Bedauern und konterkariert die Aussage dass man im Schulbereich nicht sparen möchte. Dabei geht es hier nicht um sparen, sondern um Verschiebungen in künftige Haushaltsperioden. Diese Zahlen holen uns also wieder ein.

Genauso wie die reduzierten Kosten für den Straßenbau. Vergessen sind die Aussagen von Gestern, mindestens 1,45 Millionen in die Straßensanierung einzustellen. Übrig bleiben von diesem Vorsatz gerade noch eine halbe Million und auch hier werden uns die zurückgestellten Maßnahmen in den nächsten Jahren beschäftigen.

Und mit Blick auf die knappen Finanzmittel werden auch noch notwendige Investitionen in die Gebäudeunterhaltung von über 2 Millionen € zurückgestellt. Zusammen mit den vorgeschlagenen Posten also rund 5 Millionen € aufgeschoben. Ich halte das für ein deutliches Zeichen, dass sich die Verwaltung im Vorfeld bei der Aufstellung des Haushaltsplans sehr intensive Gedanken über die zumutbare Belastung der Kommunen durch die Kreisumlage gemacht hat.

Unter der Überschrift: „I have a dream“ gestatten Sie mir auch die Gedanken eines unserer Oberbürgermeister weiterzugeben.

Ausgehend von der aktuellen Schlagzeile, dass 62 Superreiche mehr Vermögen besitzen als die Weltbevölkerung träumt er davon, dass zumindest im Europäischen Raum eine Steuergleichheit hergestellt wird und die „Global Player“ sich nicht in den Benelux-Staaten für einen Apfel und ein Ei von den eigentlich in unserem Land fälligen Steuern „freikaufen“ können. Schätzungsweise über 40 Milliarden entgehen so dem deutschen Fiskus und würden viele der aktuellen Probleme in unserem Land auf einfachste Art und Weise lösen. Auf jeden Fall wären solche Regelungen Europaweit wichtiger als „die Krümmung einer Banane“ zu bestimmen.

„I have a dream“, träumt unser Kollege weiter, dass die Bundesregierung mit dem Überschuss aus dem Bundeshaushalt nachhaltig die Aufgabenträger bei der Unterbringung und der Betreuung der Flüchtlinge unterstützt und sich erfolgreich für eine gleichberechtigte Verteilung innerhalb der Europäischen Staaten einsetzt und dass sich diese gleichberechtigte Verteilung auch innerhalb der Bundesländer durchsetzt.

„Dream along“ kann ich da, frei übersetzt, dem Kollegen zurufen. Europa hat andere Probleme, so hat sich jetzt gerade Österreich zu einer Obergrenze der Flüchtlingsaufnahme für dieses Jahr von 37.500 entschieden und wer die Stellungnahme der Landesregierung auf Anfrage des Städtetags zum Thema Beteiligung an der Anschlussunterbringung richtig liest, der muss erkennen, dass man sich dort, trotz der Zusage des MP überhaupt nicht zuständig fühlt und die Kommunen alleine lässt.

Wer realistisch und mit langjähriger Erfahrung diese Schieflage analysiert, der wird zu dem Schluss kommen, dass uns Bund und Land solange am ausgestreckten Arm hungern lassen bis uns die Luft ausgeht. Wie so oft setzt man darauf, dass die Kommunen irgendeinen Weg finden das Problem in den Griff zu bekommen.

Dabei wären wir ohne die zahlreichen ehrenamtlichen Helfer vor Ort schon lange untergegangen. Den Ausdruck „Gutmensch“ als „Unwort des Jahres“ zu küren halte ich aus diesem Grund für absolut respektlos und völlig unangebracht. Letztlich ist es dem Einsatz dieser Helferinnen und Helfer zu verdanken, dass der innere Friede in unserem Landkreis bisher erhalten geblieben ist und dem Landkreis und unseren Kommunen erhebliche Ausgaben für zusätzliche Mitarbeiter erspart geblieben sind. Für mich sind sie die „Helden des Tages“ und ich glaube die Kollegen sehen dies ebenso. Herzlichen Dank an dieser Stelle an Alle, die ihre Freizeit für die Flüchtlinge und zu unserer Entlastung einsetzen.

Aber weg von Träumereien und hin zur Haushaltsanalyse. Dieser Kreistag hat sich mit breiter Mehrheit dazu entschlossen eine betriebswirtschaftlich orientierte Buchhaltung einzuführen. Dabei wird mit der Ausweisung und Verbuchung von Produkten noch kein Erfolg erzielt. Der Erfolg stellt sich dann ein, wenn man die Ergebnisse der Buchführung richtig deutet und dann auch seine Handlungsweise den daraus resultierenden Erfordernissen anpasst.

Wenn sich Forderungen und Ausgaben in der gleichen Höhe gegenüberstehen, dann haben wir einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt. Wenn aber diese Forderungen nicht realisiert werden, dann haben wir immer noch einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt, aber ein Finanzierungsproblem. Das kann ich durch eine Kontoüberziehung ausgleichen. Wenn aber die Forderungen auch später nicht realisiert werden können, dann wird die Aufnahme eines Kredites unvermeidbar. Dann muss man aber auch schon Sicherheiten oder Nachweise vorlegen. Die meisten Kollegen sind ja in Aufsichts- oder Verwaltungsräten aktiv und kennen sich aus.

Im jetzt vorgelegten Ergebnis-Haushalt bleiben trotz eines Hebesatzes von 30,5% als Kreisumlage, gerade mal noch knapp 100.000 € als Überschuss zur Finanzierung der von diesem Kreistag beschlossenen Investitionen von rund 25 Millionen Euro die letztlich als neu aufzunehmende Kredite ausgewiesen sind. Abzüglich der planmäßigen Tilgung der Altkredite in einer Höhe von rund 5 Millionen, wird sich der Kreis um weitere 20 Mio.€ auf dann rund 115 Millionen verschulden – eine Kreditsteigerung um über 20% bei einem Betriebsergebnis gleich null.

Als Aufsichtsrat einer Bank würde ich jeder Privatfirma empfehlen entweder meine Ausgaben deutlich zu reduzieren oder die Einnahmen nachhaltig zu steigern und dann wieder nach einem Kredit nachzufragen. Vor zehn Jahren hätte ich noch auf die Jahresrechnung vertraut, dass sich im Jahresablauf Mehreinnahmen und Minderausgaben zu einer deutlichen Verbesserung summieren. Die vergangenen Jahre haben uns das Gegenteil beschert. Und auch das abgelaufene Jahr hat sich in der Prognose von

einem Überschuss von 6 Millionen in einen Verlust in der gleichen Höhe gewandelt und wird sich also um rund 12 Millionen Euro verschlechtern.

Zumeist finden wir die deutlichsten Überschreitungen im Sozial-Haushalt, der sich in seinen Ausgaben nur schwer kalkulieren lässt. Dabei gibt es aufgrund gesetzlicher Vorgaben nur ganz wenig Spielraum in der Höhe der Erstattungen. Ein weiterer Traum meines OB einmal den Gesetzgeber zur Konnexität zu verpflichten. Aber da bin ich jetzt wieder am Anfang meiner Rede.

Dass zusätzlich noch der Kassenkredit, also mehr oder weniger die Vorauszahlungen auf spätere Einnahmen, auf 80 Millionen steigen muss damit der Landkreis zahlungsfähig bleibt, ist schlichtweg der Hammer und nicht zuletzt den Vorableistungen im Asylbereich geschuldet. Das Land hält das Geld zurück um eine „schwarze Null“ vorzuweisen und haut die in die Pfanne die nicht nur die Schlafmützigkeit von Bund und Land auslöffeln sondern noch zusätzlich in die Verschuldung gehen.

Auch meinen Kollegen in der Fraktion tut diese Erhöhung der Kreisumlage in ihren kommunalen Haushalten weh. Aber wir sehen die Notwendigkeit und konnten in der Vorberatung keinen sinnvollen Vorschlag für eine nachhaltige Einsparung erkennen. Dafür aber die Kreisumlage noch um einen halben Punkt, oder 2 1/2 Millionen herunter zu feilschen geht wohl nur in eine Richtung – pro Kommune und gegen den Landkreis. Das kann aber eigentlich keinen Kreisrat kalt lassen.

Aus meiner persönlichen Sicht wären sogar 35% Punkte die zwingende Forderung an den Kreistag gewesen. Das hätte uns die Neuverschuldung erspart und wir hätten den Kassenkredit auf 50 Millionen begrenzen können. Dabei bleiben immer noch die zu erwartenden Mindereinnahmen aus der niedrigeren Einwohnerzahl von einer guten Million aus dem FAG, und die bereits abgelehnte Spitzabrechnung für 2013 von 2 Mio. € die ja irgendwann ausgebucht werden müssen.

Einer meiner Gemeinderäte hat es in seiner Haushaltsrede ganz treffend formuliert: „Die Verschuldung des Landkreises ist die Kreisumlage von Morgen“. Seit Jahren feilscht dieser Kreistag um halbe Punkte und wenn man den Mahnungen der Freien Wähler in den letzten Perioden gefolgt wäre, oder auch nur auf den Landrat und dessen Vorschläge gehört hätte, dann könnten wir heute wesentlich entspannter miteinander umgehen.

Nicht nur auf den Kreis, auch auf die Kommunen kommen schwere Zeiten zu. Wer das nicht sehen will, der lebt von der Hand in den Mund. Der muss dann aber, möglicherweise zum Unzeitpunkt, in einen ganz sauren Apfel beißen.

Herr Landrat, die Freien Wähler werden heute nicht den Haushalt ablehnen aber wir wollen auch das Signal setzen, dass wir den Verwaltungsvorschlag der Druckvorlage mit einem Hebesatz von 30,5% Punkten als Mindestvoraussetzung für einen ordentlichen Haushalt akzeptieren und stellen hiermit den Antrag darüber wie vorgesehen abzustimmen.

Ihr Zitat von der „Einsicht in die Notwendigkeit“ wollte ich eigentlich zunächst mit dem Marxismus und Engels in Verbindung bringen. Der hat sich allerdings bei Hegel bedient und damit die Freiheit symbolisiert. Richtig fündig geworden bin ich letztlich in dem „Leitfaden für die Führung und Organisation kleinerer und mittlerer Unternehmen“. Dort wird für den Erfolg die Einsicht in die Notwendigkeit vorausgesetzt. Aphorismen müssen ja auch nicht immer aus berufenen Quellen stammen, Hauptsache sie treffen den Kern des Problems und ich wünsch Ihnen, dass dieser Kreistag die angesprochen „Einsicht“ zum Ausdruck bringt.

Im Namen der Fraktion der Freien Wähler darf ich Ihnen, Herr Landrat, für den fairen Umgang mit dem gesamten Kreistag danken, vor allem auch dafür, dass Sie sagen was Sie brauchen und nicht in den orientalischen Kuhhandel verfallen bei dem zum Schluss niemand mehr weiß ob der Kompromiss gut oder schlecht war.

Sie haben eine Mannschaft zusammen die engagiert und offen mit dem Kreistag zusammenarbeitet und auch dafür möchten wir uns bei den Dezernenten, Amtsleitern und Mitarbeitern bei dieser Gelegenheit ganz herzlich ebenfalls bedanken.

Wir werden der Haushaltssatzung, wenn es sein muss auch auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner, zustimmen und würden uns freuen wenn die Kolleginnen und Kollegen meine Argumente in die Entscheidung aufnehmen würden. Schon jetzt herzlichen Dank für die gute Zusammenarbeit an alle Fraktionen, auch wenn die „Einsicht in die Notwendigkeit“ fehlen sollte.

Eigentlich schade, dass die Wirtschaftspläne des Abfallwirtschafts-Betriebes und der BRLK immer zu kurz kommen, aber „nix gschwätzt isch gnug globt“. Und wo nichts zu kritisieren ist, sollte man auch kein Fass aufmachen. Jetzt zitiere ich den Kollegen Gsell, der sich vor Jahren nicht vorstellen konnte, dass die Abfallwirtschaft eines Tages so unspektakulär, effektiv und vor allem mit stabilen Gebühren für unsere Mitbürger abläuft.

Der Dank an Sie, Herr Bartl, und Ihre Mitarbeiter kommt aus vollem Herzen.

Uns allen wünschen wir ein gutes und erfolgreiches Neues Jahr 2016.